

Stellungnahme des Studierendenparlaments der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zu den Ereignissen auf Sylt

Antragsteller*innen:

Amelie Ohff (Juso-HSG Kiel), Fritz Herkenhoff (CampusGrüne) und Sami Franke

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge Folgende Stellungnahme beschließen:

Stellungnahme des Studierendenparlaments der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zu den Ereignissen auf Sylt

Wir, das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, verurteilen auf das Schärfste die jüngsten Ereignisse auf Sylt, bei denen privilegierte junge Menschen in einem Club völkische und nationalistische rassistische Parolen wie "Ausländer raus" und "Deutschland den Deutschen" auf den Technosong „L'amour toujours“ gesungen haben. Solches Verhalten ist inakzeptabel und hat in unserer Gesellschaft keinen Platz.

Rassistisches und faschistisches Verhalten wird an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel nicht toleriert. Diese Szenen sind keineswegs witzig und harmlos, sondern eine ernste Bedrohung für das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Verbale Übergriffe wie diese sind leider keine Seltenheit und spiegeln eine besorgniserregende Entwicklung wider.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass dieses Video die weit verbreitete These widerlegt, rechtsextremistische Einstellungen seien lediglich die Folge von mangelnder Bildung oder Armut. Es waren hier gut situierte Studierende und ausgebildete Akademiker*innen, die diese Parolen mitgesungen haben. Daher ist es auch an uns als Vertretung der Studierendenschaft, aufmerksam zu sein und klare Haltung gegen rassistische und rechtsextremistische Vorfälle an unserer Universität zu zeigen.

Erst am 23. Mai 2024 haben wir 75 Jahre Grundgesetz gefeiert. Das Grundgesetz ist als expliziter Gegenentwurf zum Nationalsozialismus zu verstehen und bildet das Fundament unserer Demokratie. Es garantiert in Artikel 1 die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und in Artikel 3 den Gleichheitsgrundsatz und das Diskriminierungsverbot. Doch trotz dieser klaren rechtlichen Vorgaben verschärft sich der Diskurs, und Angriffe sowie verbale Entgleisungen gehören mittlerweile zum Alltag.

Was auf Sylt passiert ist, ist kein Einzelfall. Erst in den letzten Tagen wurden weitere Vorfälle solcher Art in Louisenlund, dem Schlagermove, von Scheunenfesten und einem Schützenfest veröffentlicht. Dies sind nur die Vorfälle, bei denen eine Kamera mitlief.

Als Studierendenparlament der CAU setzen wir ein klares Zeichen gegen Rassismus und Faschismus. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft und diese muss in den öffentlichen Diskursen dargestellt werden. Diskurse über und in der Gesellschaft müssen offen und tolerant geführt werden und dürfen Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder Hautfarbe nicht ausschließen und diskriminieren. Daher sehen wir uns in der gemeinsamen Verantwortung sich gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hass zu stellen und aktiv für die Werte unseres Grundgesetzes einzutreten.

Wir fordern die Verantwortlichen und die Gesellschaft insgesamt auf, entschieden gegen solche rassistischen und faschistischen Tendenzen vorzugehen. Es ist an der Zeit, nicht nur Worte, sondern auch Taten sprechen zu lassen. Wir müssen denen zuhören, die von Rassismus betroffen und andere marginalisierte Gruppen sind und für die Sylt Alltag ist. Ihre Stimmen müssen lauter und sichtbarer gemacht werden.

Antragsbegründung:

Die Begründung der Dringlichkeit:

Die schockierenden Ereignisse auf Sylt, bei denen junge Menschen rassistische und faschistische Parolen skandierten, verlangen ein sofortiges und entschlossenes Handeln des Studierendenparlaments der CAU zu Kiel.

Es ist unerlässlich, dass die Stellungnahme noch heute beschlossen wird. Aufgrund dessen dieser Sachverhalt erst letzte Woche Donnerstag publik wurde, war eine fristgerechte Antragstellung, 9 Tage vorher, nicht möglich. Ein Beschluss der Stellungnahme auf der nächsten Sitzung am 17.06.2024 wäre für eine zeitnahe Abgabe eines Statements verspätet.

Wir müssen sofort reagieren und nicht erst in 3 Wochen auf der nächsten regulären Sitzung.

Begründung der Antragstellung:

Die Gesellschaft darf solche Verhaltensweisen nicht dulden. Eine sofortige Stellungnahme des StuPa zeigt, dass wir als Universität unverzüglich und entschlossen gegen Rassismus und Faschismus eintreten und diese Handlungen scharf verurteilen. Wir nehmen die Ängste und Sorgen der Studierenden ernst und ermutigen andere, sich selbst aktiv gegen Rassismus und Faschismus zu positionieren. Nur so können wir unserer Verantwortung gerecht werden und ein starkes Zeichen setzen.